



Verbandliche Organisation – eine professionelle Selbstverpflichtung

Warum sich Soziale Arbeit Macht leisten muss? Weil wir es uns wert sind.

Die beiden Autor*innen betreiben eine kritische Zustandsanalyse der Profession Soziale Arbeit, in Bezug auf die Wahrnehmung ihres politischen Auftrags. Dabei plädieren sie für eine kollektive Handlungsmacht durch die Stärkung von berufsverbandlichen Strukturen.

Gerlinde **Blemenschitz-Kramer**, Andreas **Hallas**

Dieser Text beschäftigt sich mit der Bedeutung berufsverbandlicher Strukturen, speziell auch in Zeiten von Angriffen auf den Sozialstaat in Form von massiven Kürzungen. Wir stellen die These auf, dass sich – aus einem ernstgemeinten Professionsverständnis – eine professionelle Selbstverpflichtung ergibt, sich berufsverbandlich zu organisieren. Die Diskussion für bzw. gegen eine Mitgliedschaft im obds – oder die Mitgliedschaft in einer anderen berufsverbandlichen Struktur – wird dabei aus unserer subjektiven Erfahrung oft aus der Perspektive geführt, welchen persönlichen und individuellen Nutzen Kolleg*innen davon hätten. Aus unserer Sicht ist dies eine falsche Frage. Vielmehr geht es darum, unser Selbstverständnis als Profession ernst zu nehmen und zu stärken. Das ist der Ansatz dieses Artikels. Und ja, dies hätte in weiterer Folge individuellen Nutzen für uns als Professionist*innen und vor allem für unsere Adressat*innen.

43.000. So viele Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen sind derzeit in Österreich tätig. 1.220. So viele davon sind zum Entstehungszeitpunkt dieses Artikels Mitglied im Österreichischen Berufsverband der Sozialen Arbeit (obds). Zwei Zahlen, die eine unbequeme Wahrheit

sprechen. Diese beiden Zahlen stehen nicht nur für eine Diskrepanz, sie stehen für ein strukturelles Problem der Profession. Sie markieren den Abstand zwischen dem Anspruch Sozialer Arbeit, eine menschenrechtsorientierte, politische Profession zu sein, und der realen kollektiven Handlungsfähigkeit dieser Profession. Mechthild Seithe (2025) meinte an dieser Stelle sehr deutlich in ihrem Interview in der letzten Ausgabe der SIÖ: „Mir kommt es so vor, als stecke die Profession kollektiv den Kopf in den Sand.“ Soziale Arbeit versteht sich – national wie international – laut der Global Definition als Profession, die soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Solidarität und gesellschaftliche Teilhabe fördert (IFSW & IASSW, 2014; obds & ogsa, 2024). Dieser Anspruch beschränkt sich nicht auf das individuelle Handeln mit Adressat*innen. Sich für individuellen Rechtsanspruch einzusetzen, schafft noch keine Veränderung der zugrundeliegenden allgemeingültigen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Der Anspruch impliziert notwendigerweise politisches Handeln, also das Einwirken auf Strukturen, Gesetze und gesellschaftliche Machtverhältnisse. Auch dies erschöpft sich nicht im Handeln von einzelnen Fachkräften, sondern braucht einen gemeinschaftlichen Ansatz, um Wirkung zu erzielen. Das rei-

ne Ausfüllen und Teilen einer Petition reicht nicht aus, um gesetzliche Änderungen herbeizuführen. Dafür braucht es Personen, die mit einem Auftrag ausgestattet in politische Aushandlungen mit Entscheidungsträger*innen eintreten. Genau hier beginnt die Frage der kollektiven Organisation: Wie (real)politisch kann eine Profession sein, wenn sie sich selbst kaum in berufsverbandlichen Strukturen organisiert? Dabei – das sei an dieser Stelle klar gesagt – geht es nicht um den obds per se, sondern vielmehr um eine berufsverbandliche Struktur an sich. Dabei ist es für die Profession an sich unerheblich, ob dies nun der obds oder eine neuzugründende andere Struktur ist.

Soziale Arbeit ist politische Arbeit

Politisches Handeln ist kein optionaler Zusatz zur Sozialen Arbeit, sondern Teil ihres professionellen Auftrags. Die Global Definition of Social Work betont explizit, dass Soziale Arbeit soziale Veränderung, gesellschaftliche Entwicklung und die Befähigung sowie Befreiung von Menschen fördert (IFSW & IASSW, 2014). In den „Ethischen Grundsätzen der Sozialen Arbeit“ für Österreich wird dieser Anspruch weiter konkretisiert: Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen sollen gesellschaftspolitische Fehlentwicklungen benennen, sich gegen Diskriminierung einsetzen, politische Prozesse aktiv mitgestalten und die Soziale Arbeit als gesellschaftliche Kraft darstellen (obds & ogsa, 2024).

Es zeigt sich jedoch, dass genau diese politische Dimension häufig an strukturelle Grenzen stößt. Ethische Dilemmata entstehen nicht zufällig, sondern sind systemisch mit politischen und organisationalen Rahmenbedingungen verbunden – etwa mit Kürzungslogiken, restriktiver Migrationspolitik oder neoliberalen Steuerungsmodellen im Sozialbereich (Kulke & Kohlfürst, 2023; Kindler & Kulke, 2024). Politische Soziale Arbeit bedeutet daher, diese strukturelle Bedingtheit sichtbar zu machen und kollektiv zu bearbeiten. Aus unserer beruflichen Erfahrung gelingt es uns nicht, aus den diversen Besprechungszimmern heraus – in denen vielfach von Professionist*innen der Sozialen Arbeit beklagt wird, dass der Wert der Profession z.B. von der Politik nicht erkannt wird (Schalek & Kappacher, 2024) – ins politische Handeln zu kommen.

Das Tripelmandat und seine Grenzen

Das bekannte Tripelmandat (Staub-Bernasconi, 2018) – Verantwortung gegenüber Adressat*innen, Auftraggeber*innen/Staat und Profession – beschreibt die Spannungsfelder Sozialer Arbeit präzise. In der Praxis zeigt sich jedoch: Das professionelle Mandat ist oft das am schwächsten ausgeprägte. Einzelne Fachkräfte geraten in Loyalitätskonflikte, wenn politische Vorgaben oder organisationale Interessen den Bedürfnissen der Adressat*innen oder ethischen Grundlagen der Profession widersprechen.

Genau hier wird die Bedeutung eines starken Berufsverbandes deutlich. Ein Verband kann das professionelle

Mandat stärken, indem er strukturiert und gemeinschaftlich Positionen entwickelt, öffentlich Stellung bezieht und Fachkräften Rückhalt gibt.

„Was habe ich davon?“ – Eine falsche Frage

Viele Kolleg*innen zögern mit einer Mitgliedschaft, weil sie den unmittelbaren persönlichen Nutzen nicht erkennen. Diese Logik ist nachvollziehbar, greift aber zu kurz. Ein persönlicher Nutzen – beispielsweise Vergünstigungen aufgrund von obds-Kooperationen – ist legitim, darf jedoch aus unserer Sicht nicht die primäre Motivation zur Mitgliedschaft sein. Ein Berufsverband ist keine Dienstleistungsagentur, sondern eine kollektive Absicherung. Ähnlich wie bei einer Versicherung zeigt sich ihr Wert oft erst im Ernstfall, einem, wie wir ihn aktuell mit den Budgetkürzungen im Sozialbereich auf allen Ebenen derzeit erleben.

Wenn politische Entscheidungen fachlich problematisch oder ethisch nicht vertretbar sind, braucht es eine starke, unabhängige Stimme, die sich dagegenstellt. Einzelne Fachkräfte können das persönliche Risiko, das sich aus dem Erheben der Stimme ergeben kann, kaum tragen. Ein Berufsverband, der getragen ist von vielen Fachkräften hingegen kann – unabhängig von konkreten Trägern oder Einrichtungen – Missstände benennen, ohne dass einzelne Personen exponiert werden. So wie das aktuell im Zuge der Kürzungen im Sozialbereich seitens des obds geschieht.

43.000 = 5.762.000: Ein Gedankenexperiment

Der obds ist, neben ein paar kleineren anderen verbandlichen Zusammenschlüssen, aktuell der einzige existierende Berufsverband für die gesamte Profession der Sozialen Arbeit (Sozialarbeit und Sozialpädagogik). Er finanziert sich derzeit zu einem großen Teil über Mitgliedsbeiträge, die rund 160.000 Euro jährlich einbringen. Damit lassen sich, ergänzt durch eigene Leistungen, wie die Fachstellenbörse und Förderungen – in den letzten beiden Jahren gab es eine finanziell abgegoltene Kooperation mit der Arbeiterkammer – aktuell vier Teilzeitstellen mit insgesamt 65 Wochenstunden (1,8 Vollzeitäquivalente) sowie die grundlegende Infrastruktur finanzieren. Für eine bundesweite, wirksame Interessenvertretung ist das extrem wenig.

Was wäre jedoch, wenn alle 43.000 in Österreich tätigen Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen Mitglied in einem Berufsverband (z.B. dem obds) wären? Bei einem durchschnittlichen Mitgliedsbeitrag von in etwa 134 Euro stünden diesem Verband jährlich rund 5.762.000 Euro zur Verfügung. Sagen wir so: Diese Zahl ist eine Einladung zur professionellen Fantasie.

Was möglich wäre – weil wir es uns wert sind

Mit entsprechenden Ressourcen könnte der Berufsverband seine Rolle als politischer Akteur deutlich ausbauen:

- **Rechtliche Durchsetzungskraft:** Anstellung eigener Jurist*innen, um zentrale Themen wie ein Berufsgesetz oder eine unabhängige Beschwerdestelle konsequent voranzutreiben.
- **Politische Interessenvertretung:** Systematische Lobbyarbeit, kontinuierliche Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und Präsenz in politischen Arbeitsgruppen.
- **Medien- und Öffentlichkeitsarbeit:** Aktive Platzierung fachlicher Perspektiven in Medien, schnelle Reaktionen auf sozialpolitische Debatten und klare Gegenpositionen zu diskriminierenden Entwicklungen.
- **Fachliche Profilierung:** Entwicklung von Grundsatzpapieren, fachlichen Positionierungen und wissenschaftlich fundierten Argumentationshilfen.
- **Netzwerk- und Fundraisingarbeit:** Professionelles Fundraising zur zusätzlichen Mittelakquise und stärkere internationale Vernetzung.

All das dient nicht direkt den Mitgliedern als Individuen, sondern der Profession als Ganzes – und damit indirekt wieder den Mitgliedern und letztlich vor allem den Adressat*innen.

Gewerkschaft oder Berufsverband?

Häufig wird der Berufsverband mit einer Gewerkschaft verwechselt. Gewerkschaften vertreten Arbeitnehmer*inneninteressen, insbesondere in arbeitsrechtlichen und kollektivvertraglichen Fragen. Berufsverbände hingegen vertreten die Profession: ihre fachlichen Standards, ihre Ethik, ihr gesellschaftliches Mandat. Beides ist notwendig, das eine lässt sich nicht durch das andere ersetzen.

Die geringe Mitgliederzahl im obds – oder einer anderen berufsverbandlichen Struktur – schwächt jene Ebene, die für die politische und ethische Selbstbehauptung der Sozialen Arbeit zentral ist. Sie schwächt bzw. verunmöglicht das dritte Mandat der Sozialen Arbeit.

Warum wollen wir nicht mächtig sein?

Soziale Arbeit versteht sich gern als Menschenrechtsprofession (Staub-Bernasconi, 2007), tut sich aber schwer mit dem Begriff der Macht. Macht wird häufig mit Herrschaft, Unterdrückung oder neoliberalen Logiken assoziiert. Dabei ist Macht zunächst nichts anderes als die Fähigkeit, wirksam zu handeln (Sagebiel & Pankofer, 2022).

Die prinzipielle Verweigerung kollektiver Macht ist keine rein moralische Haltung, sondern ein professionelles Risiko. Wer sich nicht organisiert, überlässt den (politischen) Raum anderen Akteur*innen – politischen Parteien, Verwaltungen und nicht zuletzt kapitalistischen Interessen. Und ja, diese Interessen folgen Marktlogiken, die wir in der Sozialen Arbeit oft verweigern. Gleichzeitig wäre eine Instrumentalisierung dieser Logiken für unsere Zwecke, ohne die dahinterliegende kapitalistische Grundhaltung unreflektiert zu übernehmen, notwendig, um realpolitische strukturelle Veränderungen herbeizuführen.

„Weil wir es uns wert sind“ – eine bewusste Provokation

Der ursprünglich einmal feministisch angedachte Slogan einer bekannten Kosmetikmarke „Weil ich es mir wert bin“ (www.loreal-paris.de) mag aus der Werbeindustrie stammen, doch gerade deshalb eignet er sich als produktive Provokation. Was wäre, wenn Soziale Arbeit sich selbst diesen Wert zuschreibt? Nicht im Sinne von Individualismus, sondern als kollektive Selbstermächtigung.

Wir investieren täglich enorme Ressourcen für unsere Adressat*innen – Zeit, emotionale Arbeit, fachliche Expertise. Warum sollte es unethisch sein, auch in die eigene professionelle Infrastruktur zu investieren?

Was sind wir uns – und unseren Adressat*innen – wert?

Die Frage ist nicht, ob sich Soziale Arbeit einen starken Berufsverband leisten kann. Die Frage ist, ob sie es sich leisten kann, darauf zu verzichten. $43.000 \times 134 = 5.762.000$ ist keine Rechenaufgabe, sondern eine professions-ethische Entscheidung. Sie steht für mehr Sichtbarkeit und größere kollektive Handlungsfähigkeit.

Wenn Soziale Arbeit ihren Anspruch als politische, menschenrechtsorientierte Profession ernst nimmt, dann ist Mitgliedschaft im Berufsverband keine Option, sondern eine professionelle Selbstverpflichtung.

Gerlinde Blemenschütz-Kramer

Kramer ist selbständige betriebliche Sozialarbeiterin, ist externe Lehrbeauftragte an Fachhochschulen und ist seit mehreren Jahren haupt- und ehrenamtlich im obds engagiert.



Andreas Hallas

ist Sozialpädagoge in der Jugendarbeit und seit mehreren Jahren ehrenamtlich im OBDS engagiert



Unter dem rechts stehenden QR-Code finden Sie das Literaturverzeichnis: